

Heiner Geißler:

Wir werben um beide Stimmen

Am 25. Januar 1987 stimmen die Deutschen über die Zukunft unseres Landes ab. Die Wahlentscheidung fällt zwischen der CDU-geführten Regierungskoalition und dem rot-grünen Lager. Doch noch nicht alle Wählerinnen und Wähler haben die Bedeutung dieser Wahl erfaßt, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler vor der Presse in Bonn. Die Zukunft unseres Landes und das bisher Erreichte sind nach Ansicht des CDU-Generalsekretärs durch drei Gruppen ernsthaft gefährdet:

1. Durch die Wählerinnen und Wähler des rot-grünen Lagers.
2. Durch die Sorglosen und Bequemen, die glauben, diese Wahl sei schon gelaufen.
3. Durch die Gedankenlosen und Gleichgültigen, denen es egal ist, wer nach der Bundestagswahl regiert.

Deshalb wird die CDU in den kommenden vier Entscheidungswochen informieren, aufklären, mobilisieren.

Die Informationskampagne über die Leistungen der CDU in den letzten vier Jahren, über ihre Kompetenz und ihre Perspektiven für die Zukunft wird verstärkt fortgesetzt werden.

Die CDU wird der Bevölkerung durch eine Aufklärungsoffensive die Gefährdung des wirtschaftlichen Aufschwungs und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sowie die rechtsstaatlichen und außenpolitischen Risiken im Falle einer rot-grünen Mehrheit vor Augen führen.

Wahlkampf '87

HEUTE AKTUELL

- Innere Sicherheit
Das Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus trat am 1. 1. 1987 in Kraft. Die wichtigsten Kernpunkte. Seite 4

- Arbeitsmarkt
Norbert Blüm zog eine erfreuliche Zwischenbilanz: Die Qualifizierungs-Offensive ist schon jetzt ein voller Erfolg. Seite 7

- EG-Agrarmarkt
Die auf Initiative von Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle in Brüssel gefaßten Beschlüsse zur Reduzierung der Überschüsse sind Schritte in die richtige Richtung. Seite 11

- Dokumentation
Eine Musterrede für Wahlkämpfer. (Grüner Teil)

- Öffentlichkeitsarbeit
Werbematerialien zur Bundestagswahl. (Rosa Teil)

Die CDU wird in einer intensiven Mobilisierungsaktion die Mitglieder, Anhänger und darüber hinaus alle Wählerinnen und Wähler auf die fundamentale Bedeutung dieser Bundestagswahl aufmerksam machen. Wir wollen eine hohe Wahlbeteiligung.

Die CDU wird klar machen, daß die zweite Stimme und nicht die erste Stimme über die Wahl und die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages entscheidet, und daher konsequent für die erste und zweite Stimme werben. Die Leistungsfähigkeit der Regierung in der nächsten Legislaturperiode hängt von der Stärke der CDU ab.

Die Schlußphase des Bundestagswahlkampfes wird unter dem Motto stehen:

Weiter so Deutschland – Zukunft statt Rot-Grün

Niemand in der Bundesrepublik

Deutschland kann daran zweifeln, daß Sozialdemokraten und Grüne zusammen eine Regierung bilden würden, wenn sie dazu am 25. Januar eine Mehrheit bekämen. Daß die SPD dies in diesem Wahlkampf bestreitet, ist reine Wahlkampftaktik. Die phantastisch-absurde Behauptung der SPD, die absolute Mehrheit erringen zu können, soll von dem eigentlichen Wahlkampfziel einer rot-grünen Mehrheit ablenken.

Bei einer Mehrheit des rot-grünen Lagers würde die Bundesrepublik Deutschland drittklassig werden.

Die CDU hat vor vier Jahren einen neuen Anfang gemacht. Die Deutschen stehen heute — auch international — stärker und besser da als vor vier Jahren. Die Deutschen sind ein tüchtiges Volk und brauchen auch in der Zukunft weiter eine gute Regierung.

Für die kommende Legislaturperiode gibt es als vorrangige politische Aufgaben folgende fünf Schlüsselthemen:

1. Steuerreform und Steuersenkung
2. Sicherung des wirtschaftlichen Auf-

schwungs zur Schaffung neuer Arbeitsplätze

3. Umweltschutz als große nationale Anstrengung

4. Aktive Sozialpolitik zur Sicherung der Renten und Stärkung der Familie

5. Abrüstung

Für keines dieser Themen hat das rot-grüne Lager ein zukunftsweisendes Konzept vorzuweisen. Die Rot-Grünen sind nicht zukunftsabhängig,

- weil sie Risiken des Fortschritts dramatisieren und dessen Chancen bagatellisieren,

- weil sie auf eine Mobilisierung der Gefühle und der Emotionen setzen und nicht auf eine Mobilisierung von Wissen und Mut zu sachgerechten Entscheidungen,

- weil sie auf komplexe Fragen simple und deswegen falsche Antworten geben,

- weil sie sich an den jeweils aktuellen Stimmungen orientieren und durch einen tagespolitischen Opportunismus die langfristigen Interessen der heutigen und der künftigen Generation verspielen.

Zentrale Maßnahmen der Wahlkampfführung

Um ihre Themen und Argumente einer breiten Öffentlichkeit bekanntzumachen, wird die CDU-Bundesgeschäftsstelle im Januar folgende Maßnahmen durchführen:

- 15 Großkundgebungen mit Bundeskanzler Helmut Kohl
- Rund 3 000 Bundesrednerveranstaltungen
- Rund 30 000 Veranstaltungen in den Wahlkreisen
- Anzeigenserie in allen deutschen Tageszeitungen
- Plakatierung auf kommerziellen Großflächen und parteieigenen Plakatstellen
- Fernseh- und Hörfunkspots
- Dreimalige Verteilung der Zeitung „Deutschland am Wochenende“ (15 Millionen Exemplare je Ausgabe)

Diese Wahl entscheidet:

Zukunft statt Rot-Grün

Wir Deutschen haben den neuen Aufschwung geschafft. Es geht uns heute besser als vor vier Jahren. Wir stehen besser da als die meisten Länder. SPD und Grüne wollen unser tüchtiges Land krank jammern. Wenn sie die Mehrheit bekommen, steht die Zukunft auf dem Spiel.



Es kommt auf jede Stimme an!

1987

Deutschland wählt seine Zukunft

Am 25. Januar stimmen wir Deutschen über die Zukunft unseres Landes ab. Die Wahlentscheidung fürt wieder zu der CDU geführten Regierungsbündnis und dem rot-grünen Lager. Wollen Sie weiterhin Wirtschaftswachstum, stabile Preise, mehr Arbeitsplätze, sichere Renten? Oder soll unser Land wieder in eine Krise geraten? Wählen Sie mit der CDU eine sichere Zukunft: So behält Deutschland seinen Spitzenplatz in der Welt, Frieden und Freiheit bleiben gesichert.



Diese beiden Anzeigen gehören zu einer Anzeigenserie in allen deutschen Tageszeitungen. Die Aktion ist bereits angelaufen. Nähere Einzelheiten auf Seite 14 dieser Ausgabe.

Die CDU im Fernsehen

Termine der
CDU-Fernsehspots in ARD
und ZDF, RTL-plus und
SAT 1:

2. 1. 1987	ARD	21.40 Uhr
	ZDF	ca. 22.10 Uhr
	SAT 1	18.25 Uhr
5. 1. 1987	ARD	20.15 Uhr
	RTL-plus	19.23 Uhr
	SAT 1	18.25 Uhr
7. 1. 1987	ZDF	ca. 19.21 Uhr
8. 1. 1987	SAT 1	18.25 Uhr
9. 1. 1987	ZDF	ca. 22.10 Uhr
10. 1. 1987	ARD	18.05 Uhr

12. 1. 1987	ZDF	ca. 19.21 Uhr
	SAT 1	18.25 Uhr
13. 1. 1987	ARD	20.15 Uhr
14. 1. 1987	RTL-plus	19.23 Uhr
	SAT 1	19.45 Uhr
15. 1. 1987	ARD	21.00 Uhr
	ZDF	ca. 19.21 Uhr
16. 1. 1987	ZDF	ca. 22.10 Uhr
17. 1. 1987	ARD	21.45 Uhr
	SAT 1	19.45 Uhr
19. 1. 1987	ARD	20.15 Uhr
20. 1. 1987	RTL-plus	19.23 Uhr
	SAT 1	19.45 Uhr
21. 1. 1987	ZDF	ca. 22.10 Uhr
23. 1. 1987	ARD	21.55 Uhr
	ZDF	ca. 19.21 Uhr
	RTL-plus	ca. 22.00 Uhr
	SAT 1	18.25 Uhr

Kernpunkte des Gesetzes zur Bekämpfung des Terrorismus

Das „Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus“ wird zum 1. Januar 1987 in der vom Bundestag beschlossenen Form, also ohne die sogenannte „Kronzeugenregelung“, in Kraft treten. Der Bundesrat hat am Freitag, 19. Dezember 1986, dem Gesetz mehrheitlich zugestimmt.

Kernpunkte des Terrorismusbekämpfungsgesetzes sind:

- Das Gründen einer terroristischen Vereinigung und die Mitgliedschaft hierin werden als Verbrechen eingestuft. Für Rädelstführer und Hintermänner wird ferner die Mindeststrafe erhöht. Gehört der Täter zu den Rädelstführern oder Hintermännern einer terroristischen Vereinigung, so beträgt die Strafe künftig 3 Jahre bis 15 Jahre, während sie bisher 1 Jahr bis 10 Jahre betrug.
- Die Schaffung eines neuen Straftatbestandes der „Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel“: Wer ein fremdes technisches Arbeitsmittel von bedeutendem Wert, das für die Errichtung einer Anlage oder eines Unternehmens von wesentlicher Bedeutung ist, oder ein Kraftfahrzeug der Polizei oder der Bundeswehr zerstört, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Der Gesetzgeber reagiert damit vor allem darauf, daß neben den zahlreichen Anschlägen auf Anlagen im Energieversorgungsbereich sowie auf öffentliche Verkehrsunternehmen, für die schon besondere Straftatbestände gelten, in neuerer Zeit Sabotageakte vielfach bereits darauf abzielen, die Errichtung dieser Anlage zu verhindern.
- Wieder in das Strafgesetzbuch wird ei-

ne Vorschrift aufgenommen, die die Anleitung zu bestimmten schweren Gewalttaten mit Strafe bedroht. Die Vorschrift war schon einmal 1976 geschaffen, aber 1981 wieder aufgehoben worden. Die Strafnorm wendet sich gegen die Propagierung von „Gewaltanwendungsrezepten“. Vielfach wird in Handbüchern, Flugblättern und anderen Schriften eine genaue Anweisung über den Bau von Entgleisungsvorrichtungen, Umsägen von Hochspannungsmasten, Sabotage an Sprengschächten gegeben.

■ Durch Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes wird die Zuständigkeit der Oberlandesgerichte und des Generalbundesanwalts für die Verfolgung von terroristischen Gewalttaten erweitert.

Der nicht mehr im Gesetz enthaltene Vorschlag einer „Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten“ im Entwurf der Bundesregierung sah vor, daß bei Terroristen, die Tatsachen zur Aufklärung eines terroristischen Aktes oder zur Ergreifung eines Mittäters oder Teilnehmers offenbaren, der Generalbundesanwalt mit Zustimmung des Ermittlungsrichters von der Verfolgung absehen kann. Diese Regelung war bei den Beratungen des Gesetzes im Bundestag zurückgezogen worden.

Betriebsräte gegen Ausstieg aus Kernenergie

Gegen die Pläne der SPD, aus der Kernenergie auszusteigen, wendet sich eine „Aktion Konsens“, in der sich Betriebsräte aus der kerntechnischen Industrie der Bundesrepublik zusammengeschlossen haben.

Wirtschaft bleibt auf Wachstumskurs – Der Aufschwung geht ins 5. Jahr

Der Aufschwung in der Bundesrepublik hat sich 1986 weiter gefestigt. Der Anstieg des Bruttosozialprodukts hat sich auch im 3. Quartal 1986 fortgesetzt, real lag es um 2,4 % über dem Vorjahresniveau. Damit erhöhte sich die gesamtwirtschaftliche Leistung in etwa demselben Ausmaß wie im ersten Halbjahr 1986, in dem gegenüber dem ersten Halbjahr 1985 ein Wachstum von 2,5 % erzielt wurde.

Begünstigt wurde das Wirtschaftswachstum in erster Linie durch die Zunahme der Bauinvestitionen, die sich im Vergleich zum 2. Quartal 1986 um 4,3 % erhöht haben. Auch der private Verbrauch hat noch zugenommen (+ 1 % gegenüber dem Vorquartal).

Insgesamt wird das reale Bruttosozialprodukt im Jahre 1986 um gut 2,5 % zunehmen – hierfür ist vor allem die günstige Binnenkonjunktur verantwortlich. Auch für das Jahr 1987 sind die **Voraussetzungen für weiteres Wirtschaftswachstum günstig**. „Die deutsche Wirtschaft bleibt weiter auf Wachstumskurs“ stellt der Sachverständigenrat in seinem jüngsten Gutachten fest.

„Der private Verbrauch wird weiterhin zur Steigerung des Bruttosozialprodukts beitragen – die erhöhte Kaufkraft aufgrund gesunkenener Ölpreise schlägt sich vollständig erst 1987 im Verbrauch der privaten Haushalte nieder“, so lautet die Einschätzung des Bundesministeriums für Wirtschaft im Dezember 1986.

Der reale private Verbrauch wird um etwa 3,5 % zunehmen. Günstige Absatz- und Ertragserwartungen sowie eine relativ kräftige Inlands- und eine wieder an-

ziehende Auslandsnachfrage bilden die Grundlagen für steigende Ausrüstungsinvestitionen. „Für 1987 rechnen wir im Export wieder mit einem Umschwung zum Besseren“ (Jahresgutachten 1986/87 des Sachverständigenrats). Mit der zunehmenden Auslastung der Produktionsanlagen wird das Erweiterungsmotiv an Bedeutung gewinnen. Sachinvestitionen werden im Vergleich zu Finanzanlagen wieder lohnender werden. „Bei den Ausrüstungsinvestitionen veranschlagen wir die **Zuwachsrate** im Durchschnitt des Jahres 1987 auf 7,5 v. H. nach 5,5 v. H. im Jahre 1986“, stellt der Sachverständigenrat fest.

Erstmals seit sieben Jahren werden die realen Bauinvestitionen 1987 wieder zunehmen und so positive Effekte zum Wirtschaftswachstum beitragen. Die in diesem Jahr einsetzende Erholung der Bauwirtschaft wird sich 1987 verstärkt fortsetzen. Die realen Bauinvestitionen werden um etwa 3,5 bis 4 % zunehmen; so lauten die Prognosen des Sachverständigenrates, der Westdeutschen Landesbank und der Wirtschaftsforschungsinstitute, **die Wachstumsrate wird sich also gegenüber dem Vorjahr verdoppeln**. Das Institut der deutschen Wirtschaft meint im November 1986 dazu: „Allein der große Überhang Ende 1986 berechtigt zu der Annahme, daß die Bauinvestitionen 1987 preisbereinigt um mindestens vier Prozent zunehmen werden“.

Die anhaltend günstige Binnenkonjunktur, die von weiter steigenden Investitions- und Konsumausgaben getragen wird, wird das **Wirtschaftswachstum im Jahre 1987 prägen**. Auf diesem soliden

Fundament wird sich der Wirtschaftsaufschwung fortsetzen.

Das reale Bruttonsozialprodukt wird 1987 um annähernd 3 % ansteigen — darin sind sich die Fachleute einig (Institut der deutschen Wirtschaft im November 1986, Bundesministerium für Wirtschaft im Dezember 1986, EG-Kommission im Oktober 1986). Die Westdeutsche Landesbank erwartet in ihrer Konjunkturprognose vom Oktober 1986 sogar ein Wachstum von 3,5 %.

Arbeitsmarkt

Dieses Wachstum wird sich positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken: „Auf dem **Arbeitsmarkt sind positive Wirkungen des Aufschwungs** deutlich zu erkennen“, so schreibt die Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom Dezember 1986.

Die Beschäftigung wird weiter zunehmen, der Beschäftigungszuwachs und der allmähliche Abbau der Arbeitslosigkeit gehen weiter. Im Laufe des Jahres 1987 wird die **Zahl der Beschäftigten um ca. 250 000 — 300 000 ansteigen** (Sachverständigenrat und Institut der deutschen Wirtschaft).

Damit werden Ende 1987 **800 000 Menschen** mehr erwerbstätig sein als im Herbst 1983. In einem Zeitraum von vier Jahren wären dann etwa drei Viertel der Arbeitsplätze wieder zurückgewonnen, die zuvor in den drei Jahren von 1980 bis 1982 verlorengegangen waren.

Preisniveaustabilität

Der **Geldwert** war 1986 so stabil wie seit 1968 nicht mehr. Das stärkt vor allem die reale Kaufkraft: Das Nettorealeinkommen der Arbeitnehmer liegt 1986 um 4,5 % höher als im Vorjahr. Das ist die stärkste Zunahme seit 12 Jahren!

Auch im nächsten Jahr werden die Preise **stabil bleiben**. Der Sachverständigenrat

rechnet mit einem Anstieg des Preisniveaus von 1 %, ebenso das Institut der Wirtschaft und die EG-Kommission.

Export

„Wir erwarten, daß die Warenausfuhr im Verlauf des Jahres 1987 wieder mit der Rate expandiert, mit der die Märkte deutscher Unternehmen im Ausland voraussichtlich wachsen (3 v. H.)“. Diese Prognose erstellt der Sachverständigenrat in seinem jüngsten Gutachten. Schätzungen der Wirtschaftsforschungsinstitute ergeben einen Anstieg der deutschen Ausfuhren von rund drei Prozent (Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute vom Oktober 1986, Institut der deutschen Wirtschaft vom November 1986). Sogar das **Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB (WSI)** prognostiziert im Herbst 1986 ein Export-Plus von 2,5 % für 1987.

1987 das fünfte Wachstumsjahr

Die Qualität des Aufschwungs der letzten Jahre hat ein solides Fundament auch für die Zukunft geschaffen. „Eine anhaltend gute Binnenkonjunktur, die ihre Impulse von steigenden Investitionsausgaben und Konsumausgaben erhält, weiter zunehmende Beschäftigung und ein nahezu stabiles Kosten- und Preisniveau — dies werden voraussichtlich die Merkmale der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1987 sein.“ (Sachverständigenrat).

Wirtschaft, Arbeitnehmer und Verbraucher haben gute Gründe, mit Zuversicht ins nächste Jahr zu gehen. Die Aussichten sind günstig, daß das Wirtschaftswachstum auch 1987 anhält. Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird weiter anhalten.

Wie 1986 wird auch 1987 die Binnennachfrage der Motor der Konjunktur sein.

Norbert Blüm:

Qualifizierungs-Offensive ist ein großer Erfolg

Vor etwas mehr als einem Jahr (6.12.1985) hat der Deutsche Bundestag abschließend die 7. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz beraten. Dazu erklärt Bundesarbeitsminister

Norbert Blüm in Bonn vor der Presse:

Diskussion und Verabschiedung der 7. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz waren Auftakt der Qualifizierungs-Offensive. Mit der 7. Novelle haben wir berufliche Bildung attraktiver gemacht. Wir haben den finanziellen Anreiz zur Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Bildung erhöht. Wir haben den Zugang von jungen Leuten und Frauen zu Maßnahmen der beruflichen Bildung erleichtert. Wir haben eine ganze Reihe unserer Instrumente verfeinert und verbessert. Und es stehen mehr Mittel für berufliche Fortbildung und Umschulung bereit als je zuvor (1982: 3,3 Milliarden DM, 1986: 4,4 Milliarden DM).

Jetzt, nach einem Jahr, ist Zeit für eine Zwischenbilanz. Auf einen kurzen Nenner gebracht:

Die Qualifizierungs-Offensive ist ein großer Erfolg. Wir haben eine große Gemeinschaftsaktion in Gang gebracht. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände ziehen mit. Die Qualifizierungs-Offensive läuft in den Arbeitsämtern auf vollen Touren. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres traten fast 413 000 Arbeitnehmer neu in Maßnahmen der beruflichen Fortbildung ein, fast 90 000 oder 27 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Qualifizierungs-Offensive hat zwei Hauptstoßrichtungen: Unsere Wirtschaft

modern zu halten und den Arbeitslosen eine Brücke zurück ins Erwerbsleben zu schlagen. Qualifizieren und nicht resignieren! Dieses Motto gilt allen, die noch abseits stehen.

Hohes Niveau beruflicher Qualifikation — Voraussetzung für Wachstum der Volkswirtschaft und Sicherung unseres Wohlstandes

In den letzten drei Jahren ist die Beschäftigung erheblich gestiegen, im September 1986 hatten wir rund 600 000 mehr Erwerbstätige als drei Jahre zuvor. Die Beschäftigung wird weiter wachsen. Der Sachverständigenrat prognostiziert für 1987 eine Zunahme der Zahl der Arbeitsplätze um 230 000.

Dies ist ein Erfolg unserer Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Wollen wir weiteres, kontinuierliches Wirtschaftswachstum erzielen, brauchen wir eine umfassende Qualifizierungspolitik. Wir können als hochindustrialisiertes und -technisiertes Land unsere wirtschaftlichen Erfolge nur mit einer hochqualifizierten Arbeitnehmerschaft erreichen und halten. Internationale Konkurrenzfähigkeit, Sicherung unseres Wohlstands, Verbesserung der persönlichen Chancen des einzelnen auf ein erfülltes Berufsleben sind durch mehr berufliche Qualifikation zu haben.

Mit technischem Fortschritt steigen Qualifikationsanforderungen

Die beruflichen Kenntnisse werden durch die technische Entwicklung heute schneller entwertet als je zuvor. Das technisch-wissenschaftliche Know-how ver-

doppelt sich alle fünf Jahre. Fachleute sagen voraus, daß zum Beispiel die Kenntnisse eines Elektroingenieurs in vier Jahren veralten.

Eine Untersuchung zeigt: Heute hat bereits mehr als jeder vierte deutsche Erwerbstätige zumindest gelegentlich an seinem Arbeitsplatz mit Kollege „Computer“ zu tun. Es wird geschätzt, daß bis 1990 — in nur vier Jahren! — bereits drei von vier Beschäftigten diese neuen Techniken als Arbeitsmittel benutzen.

Nach einer Untersuchung „Arbeitslandschaft 2000“ wird bis zum Jahre 2000 der Bedarf an Arbeitskräften ohne Ausbildung von heute ca. 30 % auf 20 % sinken, das sind absolut drei Millionen Arbeitsplätze für Ungelernte weniger. In der gleichen Größenordnung von drei Mio. soll die Zahl der Arbeitsplätze für beruflich qualifizierte Fachkräfte zunehmen. Der Trend geht also eindeutig in Richtung: Höherqualifizierung.

Nach geburtenstarken Jahrgängen demographische Talfahrt

In den letzten Jahren haben wir die Zahl der Auszubildenden auf den Höchststand von 1,83 Mio. gebracht. (drei Jahre lang ein Rekord von jeweils rd. 700 000 neuen Ausbildungsplätzen!) Jetzt kommen die geburtenstarken Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt. Es ist uns bisher gelungen, sie fast reibungslos einzugliedern — den Pessimisten zum Trotz. Niemals früher standen so viele gut ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung.

Trotzdem müssen wir weiterdenken im Sinne vorausschauender Arbeitsmarktpolitik:

- 1995 wird die Zahl der Schulabgänger um rund 300 000 niedriger sein als zur Zeit.
- Im Zeitraum 1991 bis 1995 wird die Zahl der Absolventen beruflicher Bildung

um mehr als ein Viertel niedriger sein als in der Zeit 1986 bis 1990.

Fazit: Der Innovationsprozeß kann in Zukunft nicht mehr allein von den neu zuwachsenden Fachkräften getragen werden. Wir müssen auch die bereits im Erwerbsleben Stehenden umfassend weiterbilden, denn Investitionen in moderne Maschinen nützen nichts, wenn das qualifizierte Personal fehlt, das diese Maschinen bedienen kann.

Berufliche Weiterbildung auch im mittleren Lebensalter

Erstausbildung ist kein Freifahrtschein mehr für das gesamte Berufsleben. Es müssen sich alle auf ein lebenslanges Dazulernen einstellen. Dabei kann berufliche Weiterbildung nicht nur beruflichem Aufstieg dienen: Erweiterung und Anpassung der beruflichen Kenntnisse an die technische Entwicklung sind laufend erforderlich.

Die beruflichen Bildungsangebote der Arbeitsämter werden von den 40jährigen und älteren noch viel zu wenig genutzt: Während fast 45 % aller abhängig Erwerbstätigen das 40. Lebensjahr überschritten haben, ist diese Altersgruppe nur zu 15 % unter den Teilnehmern an den vom Arbeitsamt geförderten beruflichen Bildungsmaßnahmen vertreten.

Wir brauchen eine umfassende Qualifizierungs-Offensive

Die 7. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes war Frucht des Dialogs zwischen Bundesregierung und Sozialpartnern. Die Umsetzung dieser Qualifizierungs-Offensive gelingt nur im Geist dieser Zusammenarbeit. Alle Beteiligten müssen ihren Beitrag leisten.

Weiterbildung liegt nicht nur im Interesse der Arbeitgeber, sondern geschieht auch zum Vorteil des Arbeitnehmers. Seine Position am Arbeitsmarkt verbessert sich. Sein Arbeitsplatz ist sicherer. Ein qualifi-

zierter Arbeitnehmer ist selbstbewußter und freier in seinen Entscheidungen. Unsere Volkswirtschaft insgesamt ist auf Arbeitnehmer mit hoher beruflicher Qualifikation angewiesen. Dabei kann es nicht länger so bleiben, daß rund 65 % der Führungskräfte an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen, aber nur acht Prozent der Facharbeiter und nur 2,6 % der un- und angelernten Arbeitnehmer. Vor allem die Unternehmen sind hier zum Handeln aufgefordert.

Betriebliche Weiterbildung ausweiten

Die Wirtschaft hat 1985 32 Milliarden DM für Aus- und Weiterbildung ausgegeben, das sind rund 5 % der Bruttolohn- und Gehaltssumme und 10 % dessen, was sie für Sachanlagen investiert. Hier muß noch zugelegt werden.

Die Qualifizierungsaufgaben der Betriebe fangen in der Personalplanung an — die muß vorausschauen. Wenn einzelne Betriebe heute z.T. lautstark über Facharbeitermangel klagen, müssen sie sich fragen lassen, ob sie gestern ihren eigenen Fachkräftebedarf nicht ausreichend erkannt und in den entsprechenden Berufen zu wenig ausgebildet haben!

Bis jetzt treten echte Engpässe bei Stellenbesetzungen allerdings nur berufsfachlich und regional begrenzt auf — z.B. in metallverarbeitenden und Elektroberufen im mittleren Neckarraum, im Rhein-Main-Gebiet, in Südbayern. Nach einer Info-Befragung (Juli 1986) waren vier Prozent der Betriebe des verarbeitenden Gewerbes durch Fachkräftemangel an der Produktionsausweitung behindert. Dies ist kein gravierender Anteil. Er muß aber als Signal verstanden werden, unsere Qualifizierungsbemühungen zu verstärken.

Der einzelne Betrieb muß seinen Qualifikationsbedarf frühzeitig ermitteln und daran sowohl seine eigenen Qualifizie-

rungsanstrengungen ausrichten sowie zusätzlichen Bedarf den Arbeitsämtern melden. Die Arbeitsämter können dann entsprechende Bildungsmaßnahmen einrichten.

Qualifizierung gegen Arbeitslosigkeit

Qualifizierung ist auch wichtiges Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Rund 30 % aller Erwerbspersonen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung, der Anteil bei den Arbeitslosen liegt dagegen bei rund 50 Prozent.

Die Erfahrung zeigt, Qualifizierung ist eine Leiter aus der Arbeitslosigkeit: Arbeitslose, die eine Bildungsmaßnahme im 1. Quartal 1986 abgeschlossen hatten, waren am Ende des folgenden Quartals zu rund 70 % wieder in Arbeit. Dabei liegt der Wiedereingliederungserfolg bei Maßnahmen, die in Betrieben durchgeführt wurden, eindeutig höher als bei außerbetrieblichen Maßnahmen (Umschulung in Betrieben 71 Prozent, außerbetrieblich 62 Prozent).

Ich erinnere an die Zusage der Spitzenverbände der Wirtschaft vom 25. Juni 1985, mehr betriebliche Kapazitäten für die von den Arbeitsämtern geförderte Qualifizierung von Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen. Ich bedauere allerdings, daß die Unternehmen bislang nur wenig Widerhall zeigen. Nur rund fünf Prozent der geförderten Maßnahmen beginnen derzeit in Betrieben. Eine Steigerung dieses Anteils ist dringend erforderlich.

Die bedarfsnahe und praxisorientierte berufliche Weiterbildung am Lernort Betrieb auch für zuvor arbeitslose Teilnehmer dient der Sicherung qualifizierten Fachpersonals in den Betrieben ebenso wie der beruflichen Eingliederung Arbeitsloser. Ich richte daher erneut meine eindringliche Bitte an die Unternehmen: Stellen Sie mehr Kapazitäten für die be-

ruflche Weiterbildung auch von Arbeitslosen in ihren Betrieben zur Verfügung!

Qualifizierungs-Offensive: Alle müssen mitmachen!

Um die Qualifizierungs-Offensive zum Erfolg zu führen, sind die Unternehmen und alle gesellschaftlichen Kräfte zum Handeln aufgefordert:

- Die Betriebe müssen ihr Weiterbildungsangebot ausweiten, auch Un- und Angelernte einzubeziehen, Weiterbildung für Arbeitslose ermöglichen, weitergehenden Fachkräftebedarf rechtzeitig den Arbeitsämtern melden.
- Die Betriebsräte sollten ihre betriebsverfassungsrechtlichen Möglichkeiten nutzen und die Unternehmen zu einem

frühzeitigen und vielfältigen Weiterbildungsangebot drängen; sie sollten die Kolleginnen und Kollegen zur Teilnahme motivieren.

■ Die Arbeitnehmer, ob beschäftigt oder arbeitslos, fordere ich auf: Nutzen Sie die Bildungsangebote um Ihre Arbeitsmarktposition zu stärken. Berufliche Qualifizierung ist Ihre beste Chance, beruflichen Erfolg zu erzielen und zu bewahren.

■ Die freien Bildungsträger sollten ihre Zusammenarbeit mit Arbeitsämtern und Betrieben intensivieren, um ihr Bildungsangebot bedarfsgerecht und zukunftsorientiert zu gestalten. Sie sollten ihren Beitrag leisten, Arbeitslose zur Bildungsbeteiligung zu motivieren.

An die Briefwahl denken

Auch bei der kommenden Bundestagswahl werden mindestens vier, vielleicht sogar fünf Millionen Bürger nicht ins Wahllokal, sondern zur Post gehen, um ihre Stimme abzugeben. 1980 hat jeder siebte, 1983 jeder zehnte Wähler sein Kreuz auf dem Stimmzettel zu Hause gemacht.

Deutlich vorn in der Gunst der Briefwähler liegt die Union, die 1983 hier auf exakt 50 Prozent der Zweitstimmen kam (1980: 46,8 Prozent).

Beachten Sie auch den von der Bundesgeschäftsstelle erarbeiteten Briefwahlprospekt, in dem alles Wissenswerte vermerkt ist. Er eignet sich hervorragend zu Verteilaktionen.

Mindestabnahme: 500 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 45,50 DM

Bestell-Nr.: 2919

Neuer Name für den Bereich „politische Bildung“

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat ihrem Arbeitsbereich „politische Bildung“ einen neuen Namen gegeben. Die Umbenennung von „Bildungswerk“ in „Institut für politische Bildung“ trägt der erweiterten Aufgabenstellung Rechnung. Das Institut wird Ende 1986 rund 1 500 Veranstaltungen über grundlegende und aktuelle politische Fragestellungen durchgeführt haben. An diesen Veranstaltungen — Seminare, Tagungen, Fachtagungen, Kolloquien — werden ca. 50 000 Interessierte aus allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland teilgenommen haben.

Seinen Sitz hat das Institut, das auch mit verschiedenen Publikationen in die Öffentlichkeit getreten ist, in Schloß Eichholz bei Bonn. Dort befindet sich auch seine zentrale, bundesweit ausstrahlende Bildungsstätte.

Beschlüsse der Agrarminister sind Schritte in die richtige Richtung

Die Agrarminister der Europäischen Gemeinschaft haben nach langen und zähen Verhandlungen eine Lösung zur Reduzierung der Produktion bei Milch und Rindfleisch gefunden. Die intensiven Bemühungen haben sich gelohnt, erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Egon Susset.

Für den Milchmarkt ist ein wegweisender Durchbruch gelungen. Anstatt die Überproduktion für viel Geld einzulagern und später zu verschleudern, werden sie zukünftig erst gar nicht mehr erzeugt. Die Agrarminister sind weitgehend dem deutschen Vorschlag nach einer befristeten Stilllegung von Referenzmengen mit Einkommensausgleich gefolgt. Bundesminister Kiechle ist es damit gelungen, die ursprünglichen Vorstellungen der EG-Kommission mit seinem Vorschlag deutlich zu entschärfen. Die Auswirkungen der im Gesamtpaket enthaltenen Aussetzung der Intervention für Magermilchpulver müssen sorgfältig im Auge behalten werden. Tendenziell ist zu erwarten, daß der hohe Druck in die Intervention aufgrund der beschlossenen Mengenrückführung ohnehin nachläßt.

Auch die Beschlüsse für den Rindfleischmarkt gehen in die richtige Richtung. Es ist weitaus sinnvoller, den Erzeugern eine direkte Prämie zu zahlen, als unverkäufliches Rindfleisch einzulagern. Die alte Regelung hat trotz hoher Kosten nicht mehr funktioniert und mußte dringend angepaßt werden. Im Zuge der anstehenden Preisverhandlungen muß sicherlich noch einmal über die Höhe der Prämie gesprochen werden.

Zu einem ungewohnt frühen Zeitpunkt besteht nach der Brüsseler Einigung in weitem Umfang Klarheit über die agrarpolitischen Maßnahmen für das nächste Wirtschaftsjahr und darüber hinaus über den künftigen Kurs der Agrarpolitik. Bundesminister Kiechle, der mit seiner Zähigkeit im wesentlichen die Einigung herbeigeführt hat, bleibt damit in der guten Tradition dieser Bundesregierung, den Bürgern und damit auch unseren Bauern vor einer entscheidenden Wahl reinen Wein einzuschänken. Trotz aller Belastungen zeigen die Brüsseler Beschlüsse bessere Perspektiven für die Zukunft auf und lassen endlich auch für unsere Landwirte einen Silberstreif am Horizont aufleuchten.

Für die nächste Verhandlungs runde im Februar bleibt zu fordern, daß Klarheit über die Vorruststandsregelung geschaffen wird, daß die Grünbrache EG-weit zur Anwendung kommt, daß die Ausgleichszahlungen für die benachteiligten Gebiete von 240 DM auf mindestens 280 bis 290 DM angehoben werden und die bisherige Bindung der Ausgleichszahlungen an die Rauhfutterfresser aufgehoben wird, fordert MdB Lorenz Niegel. ■

Butter für eine Mark bald gegen Gutschein

Arbeitslose, Sozialhilfe-Empfänger, Rentner und kinderreiche Familien sollen von März oder April 1987 an „für ein halbes Pfund frische Butter“ nur noch etwa eine Mark bezahlen, kündigte Bundesminister Kiechle an. Die Bundesregierung habe in Brüssel diese Forderung durchgesetzt. Länder oder Gemeinden würden Gutscheine an Bezugsberechtigte ausgeben.

Wahltag:

Es geht um jede Stimme – CDU-Aktionen mit Pfiff

Thema: Fahrdienst am Wahltag

Vielerorts schon eine liebe Gewohnheit, am Ende eines heißen Winterwahlkampfs diesmal wichtiger denn je: der Fahrdienst zum Wahllokal am 25. Januar 1987. Denn gerade bei Eis und Schnee trauen sich viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger zu Fuß nicht zum Wahllokal. Leider haben auch nicht alle rechtzeitig von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, per Brief zu wählen.

Folglich ist es am 25. Januar **von entscheidender Bedeutung, wie gut der CDU-Fahrdienst vor Ort organisiert ist**. Hierbei sind folgende Überlegungen anzustellen:

1. An was bei einer guten Organisation alles gedacht werden muß

- Ausreichend Fahrer und Fahrzeuge, auch Kleinbusse für Sammelfahrten bereitstellen. Hierbei frühzeitig um Unterstützung bitten bei befreundeten Busunternehmen, Caritas, Deutsches Rotes Kreuz, vor Ort ansässigen Bildungsstätten, Altenwohnheimen, Seniorenheimen etc.
- Sicherstellung der ununterbrochenen Besetzung der Telefonzentrale von 7.00 Uhr bis zur Schließung der Wahllokale.
- Rechtzeitige Ankündigung des Fahrdienstes und der Telefonnummern (Pressemitteilung, Flugblätter, Abreiß-Coupons, siehe Punkt 2).
- Einsatzleitung für Routen- und Zeitplan. Stadtpläne für alle Fahrer bereithalten.
- Kontinuierlich für die Ablösung der CDU-Chauffeure sorgen.

2. Wie machen wir auf den Fahrdienst aufmerksam?

- Aufforderung an CDU-Mitglieder, den Fahrdienst in ihrem Bekanntenkreis anzubieten (per Mitglieder-Rundbrief).
- Verteilen von Hinweisflugblättern an Bushaltestellen, vor Einkaufszentren, vor Seniorenheimen, bei Seniorenveranstaltungen, bei Canvassing-Aktionen und Veranstaltungen.
- Hinterlegen von Flugblättern im Wartezimmer von Arztpraxen, Massagepraxen, in Kurbetrieben u. a. (vorherige Absprache erforderlich).
- Anzeigen und Kleinanzeigen in CDU-Zeitungen, Gemeinde- und Pfarrblättern, in Seniorenzeitungen vor Ort und kommunalen Zeitungen. (Beispiele für Kleinanzeigen im Anhang.)
- Überkleben von Plakaten in den letzten Tagen vor der Wahl mit Hinweisbanderolen.
- Ankündigung des Fahrdienstes durch eine Telefonaktion (gezielt ältere Menschen anrufen, z. B. Seniorenheime).
- Taxi-Unternehmen am Fahrdienst beteiligen (z. B. Sondertarif zum Wahllokal anregen).

Beispiel für Kleinanzeigen:

Liebe ältere Mitbürger,

Achtung: Zu Fuß auf Eis und Schnee ist gefährlich. Benutzen Sie am 25. Januar 1987 unseren **kostenlosen Fahrservice zum Wahllokal**. Telefonnummer ... Ihre CDU ...

Achtung: Grüne

Manche glauben immer noch, die Grünen seien eine Umweltschutzpartei. Die Wirklichkeit sieht anders aus:

Sie wollen sofort aus der Kernenergie aussteigen. Die Folgen wären: Mehr Kohlekraftwerke und 1,4 Milliarden Tonnen mehr Schadstoffe in der Luft. Das wäre das Todesurteil für unsere Wälder. Alles was seit 1983 durch Milliardeninvestitionen im Umweltschutz erreicht wurde, würde kaputtgemacht. Marxisten, ehemalige Kommunisten und radikale Systemveränderer geben heute bei den Grünen den Ton an. Umweltschutz ist für sie nur ein Vorwand zur Gesellschaftsveränderung. Die Grünen sind eine Gefahr für die Freiheit unseres Landes, für den inneren Frieden und für unsere wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit:

STOP Die Grünen wollen aus der westlichen Verteidigungsgemeinschaft austreten. Das wäre eine tödliche Gefahr für Frieden und Freiheit.



Die Grünen wollen unsere Wirtschaft vom „Export abkoppeln“. Die Folge wäre millionenfache neue Arbeitslosigkeit; denn der Export sichert jeden dritten Arbeitsplatz bei uns.



Die Grünen distanzieren sich nicht von der Gewalt. Wir sagen: Gewalt zerstört die Demokratie und den inneren Frieden.



Die Grünen diffamieren unsere Polizei, wollen Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz abschaffen, die Polizei abbauen und das Bundeskriminalamt schwächen. Sollen in Zukunft Gewalttäter und Kriminelle nicht mehr verfolgt werden?



Die Grünen behaupten, sie seien für das Leben. Aber sie wollen, daß Abtreibung bis zum 9. Monat straffrei möglich sein soll. Wir sagen: Das ist Mord!

Mit diesen Grünen zusammen will die SPD gemeinsame Sache machen.

**Entscheiden Sie deshalb am 25. Januar: Gegen Rot-Grün.
Für eine gute Zukunft mit der Regierung Helmut Kohl**

CDU

Die Zukunft

DEUTSCHLAND AM WOCHE NENDE

Ausgabe
Schleswig-
Holstein

Ausgabe
Saarland

Ausgabe
Niedersachsen

Ausgabe
Hamburg

Ausgabe
Bremen

Ausgabe
Nordrhein-
Westfalen

Ausgabe
Baden-
Württemberg

Ausgabe
Hessen

Ausgabe
Rheinland-
Pfalz

An den letzten drei Wochenenden vor der Bundestagswahl wird es erstmals eine bundesweite CDU-Zeitung „Deutschland am Wochenende“ geben. Die Zeitung hat einen Umfang von 16 Seiten und bringt neben aktuellen politischen Themen und Informationen auch eine bunte Mischung von Sport und Unterhaltung. Hauptthema der ersten Ausgabe wird die Steuerpolitik von Gerhard Stoltenberg sein. Die Auflage beträgt jeweils 15 Millionen Exemplare. 100 000 Parteifreunde haben sich bereit erklärt, diese Zeitung in alle Haushalte zu tragen. Die Zeitung wird neben den Bundesseiten auch Regionalseiten aufweisen. Sie wird jeweils Freitag- bis Samstagmittag ausgetragen.

Ab sofort Wahlkampftelefon im Adenauer-Haus

Ab 2. Januar 1987 ist das Wahlkampftelefon im Bonner Konrad-Adenauer-Haus besetzt. Das Wahlkampftelefon hat die Durchwahl-Nr. (02 28) 54 43 18. Es ist besetzt von 8.00 bis 20.30 Uhr, samstags von 8.00 bis 13.30 Uhr.

Anzeigen im Wahlkampf

Donnerstag, 8. 1. (regionale Tageszeitungen und Wochenzeitungen)

Freitag, 9. 1. (überregionale Tageszeitungen und Kaufzeitungen)

Sonntag, 11. 1. (Sonntagszeitungen)

Montag, 12. 1. (regionale Tageszeitungen und Kaufzeitungen)

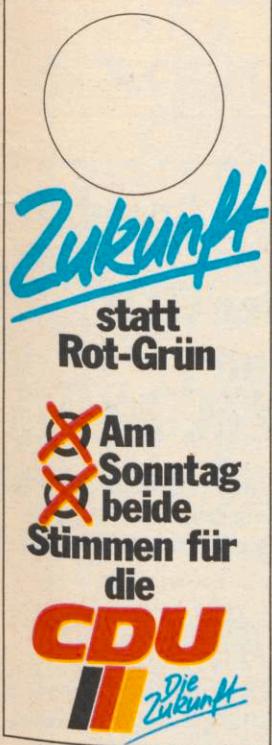
Mittwoch, 14. 1. (überregionale Tageszeitungen und Kaufzeitungen)

Donnerstag, 15. 1. (regionale Tageszeitungen und Wochenzeitungen)

Freitag, 16. 1. (überregionale Tageszeitungen und Kaufzeitungen)

Sonntag, 18. 1. (Sonntagszeitungen)

Türanhänger



Am 25. Januar geht's um die Zukunft. Auf jede Stimme kommt es an. Mit originellen Türanhängern kann die CDU auch an diesem Tag den Bürger auf sympathische Art und Weise daran erinnern, zum Wahllokal zu gehen. Nutzen Sie die Gelegenheit, und ordern Sie die originellen Türanhänger der CDU-Bundesgeschäftsstelle, die Aufmerksamkeit erregen.

Mindestabnahme: 250 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 7,— DM
Bestell-Nr.: 9381

Wahlkampf-Illustrierte „Kanzler der Mitte“

Ein zentrales Werbemittel für den Wahlkampf ist die Illustrierte „Kanzler der Mitte“. Auf 16 Seiten wird der Bundeskanzler — seine Persönlichkeit, seine politischen Erfolge, Ziele und Grundsätze — als Kanzler der Mitte dargestellt. Mindestabnahme: 250 Exemplare Preis pro Mindestabnahme: 48,75 DM Bestell-Nr.: 2884

Wahlkampfargumente



20 Pluspunkte der Regierung Helmut Kohl. In wenigen Sätzen viel ausgesagt. Die 20 wichtigsten Erfolge der Regierung Helmut Kohl kurz gefaßt.

Mindestabnahme: 100 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 14,— DM
Bestell-Nr.: 2793

20mal die Minuspunkte der SPD. Kurz und präzise zusammengefaßt in einem Faltblatt. „Treffender“ kann man die SPD nicht angreifen.

Mindestabnahme: 100 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 14,— DM
Bestell-Nr.: 2840

Die 20 Minuspunkte der SPD

Die Kurfürscher von gestern dürfen nicht die Vertrauensärzte von morgen sein.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Bundeskanzler
Helmut Kohl

Mit der CDU für eine gute Zukunft

Rede vor dem Bundesausschuß
der CDU am
8. 12. 1986
in Bonn



Neu im Angebot

Mit der CDU für eine gute Zukunft

Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Bundesausschuß der CDU am 8. Dezember 1986 in Bonn

In dieser Rede nennt Helmut Kohl alle Argumente für den Wahlkampf, „Gute Gründe für unsere Mitbürger, ihre Stimme der Union zu geben“. (Siehe auch Uid 39/86!)

Mindestabnahme:
50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme:
24,— DM

Bestell-Nr.: 3972

Uid

1/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 54411 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lüthi. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.